

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
UNTERBEZIRK DAHME-SPREEWALD



UNTERBEZIRKSPARTEIKONVENT

Beschlussbuch

UNTERBEZIRKSPARTEIKONVENT
18. MÄRZ 2016
HOTEL ZUR SEETERRASSE KLEIN KÖRIS

Inhaltsverzeichnis

Leitanträge	1
Antrag 1/1/2016	Unterbezirksvorstand
Breitbandoffensive 2019	
<i>Annahme</i>	1
Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik	2
Antrag 1/1/2016	SPD-OV Schenkenländchen, SPD-OV Golßen
Sofortprogramm Bildung und Erziehung Brandenburg 2020	
<i>Überweisung an: AfB Dahme-Spreewald</i>	2
Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen	4
Antrag 1/1/2016	SPD-OV Mittenwalde
Rechtskonforme Lösung für Anschlussbeiträge	
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	4
Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik	6
Antrag 1/1/2016	SPD-OV Schenkenländchen, SPD-OV Golßen
Gerechtigkeit, Teilhabe, Soziale Sicherheit – Ein10-Punkte-Programm	
<i>Überweisung an: Unterbezirksvorstand</i>	6
Parteiorganisation	12
Antrag 1/1/2016	Unterbezirksvorstand
Starke SPD für starke Kommunen	
<i>Annahme</i>	12
Verkehrspolitik	13
Antrag 1/1/2016	SPD-OV Königs Wusterhausen
Fairer Wettbewerb auf Straße und Schiene	
<i>Überweisung an: Unterbezirksvorstand</i>	13
Antrag 2/1/2016	SPD-OV Schenkenländchen, SPD-OV Golßen
BAB-Umleitungsstrecken gehören zum Grundnetz der Landesstraßen	
<i>Annahme</i>	14
Antrag 3/1/2016	SPD-OV Schenkenländchen, SPD-OV Golßen
Radwege-Nutzung im Landkreis Dahme-Spreewald	
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	15
Antrag 4/1/2016	SPD-OV Königs Wusterhausen
Lärmschutz an Bundesautobahn 10	
<i>Annahme</i>	16

Leitanträge

1 **Antrag 1/I/2016**

2 **Unterbezirksvorstand**

3 **Der Unterbezirksparteikonvent möge beschließen:**

4

5 **Breitbandoffensive 2019**

6 Mit Beschluss des digitalen Grundsatzprogramms auf
7 dem Bundesparteitag 2015 in Berlin bekennt sich die So-
8 zialdemokratie zum Zugang zum Internet als Teil der
9 öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein Zugang zum Internet
10 sichert in der heutigen Zeit die Teilhabe an der Gesell-
11 schaft und der Wirtschaft Konkurrenzfähigkeit. In unse-
12 rer heutigen Gesellschaft wird ein Großteil privater, öf-
13 fentlicher und wirtschaftlicher Tätigkeiten über digitale
14 Netze organisiert. Ein angemessener Internetzugang ist
15 eine Frage der Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

16 Wir als gestaltende Kraft im Landkreis Dahme-
17 Spreewald wollen zur Umsetzung dieses Anspruches
18 unseren Teil beitragen und wollen eine flächendecken-
19 de Breitbandversorgung mit 50 Mbit/s im gesamten
20 Landkreis bis 2019 sicherstellen. Für uns ist das ein
21 Beitrag zur Sicherung der Lebensqualität und ein Wett-
22 bewerbskriterium, welches jenseits kaufmännischer
23 Betrachtungen sichergestellt werden muss.

24 Bei der Entwicklung eines Konzeptes war die
25 SPD/Grüne-Kreistagsfraktion bereits treibende Kraft
26 und hat mit ihrem Antrag zum Doppelhaushalt 2015/16
27 sichergestellt, dass 50.000,00 € für eine Machbar-
28 keitsstudie eingestellt wurden. Die Studie hat ergeben
29 dass bis zum Sommer 2015 44,4 % der Haushalte im
30 Landkreis über einen solchen Zugang verfügen, durch
31 den Ausbau des Landesprogramms „Glasfaser 2020“
32 wird diese Quote 60 % betragen.

33 Wir fordern den Landrat und die SPD/Grüne-
34 Kreistagsfraktion auf, sich für die Umsetzung ei-
35 nes Konzeptes einzusetzen, welches eine nahezu
36 100%-Versorgung im Landkreis anstrebt. Weiterhin
37 unterstützen wir den Landrat in seinem Ansinnen ent-
38 sprechende Förderanträge beim Bundesministerium
39 für Verkehr und digitale Infrastruktur, sowie beim
40 Land Brandenburg einzureichen und fordern, dass die
41 benötigten finanziellen Mittel zur Absicherung des
42 festgelegten Eigenanteils des Landkreises in Höhe von
43 10 % im Kreishaushalt eingestellt werden.

44

Annahme

Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik

- 1 **Antrag 1/I/2016**
2 **SPD-OV Schenkenländchen, SPD-OV Golßen**
3 **Der Unterbezirksparteikonvent möge beschließen:**
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Sofortprogramm Bildung und Erziehung Brandenburg**
7 **2020**
8 Die SPD Brandenburg wird aufgefordert, ein Sofortpro-
9 gramm Bildung und Erziehung 2020 zu erarbeiten und
10 Schritt für Schritt im Land und auf Bundesebene umzu-
11 setzen.
12 **Anregungen:**
13 1. Bildung in globalisierter Zeit kann nicht Gegen-
14 stand föderalistischer Eigenheiten sein.
15 2. Die Bundesländer einigen sich auf weitgehend ein-
16 heitliche Bildungspläne, die nicht allein von Bil-
17 dungsbeteiligten entworfen sondern im gesell-
18 schaftlichen Diskurs entstehen. Sie werden laufend
19 angepasst. Die Bildungsabschlüsse eines Bundes-
20 landes werden bundesweit anerkannt.
21 3. Bildung beginnt in der Kita. Das Jahr vor der Ein-
22 schulung wird verbindlich für alle Kinder. Es dient
23 der Vorschulerziehung.
24 4. Das Bildungssystem wird auf größtmögliche Chan-
25 cenverwirklichung ausgerichtet.
26 5. Kinder und Jugendliche erlernen neben un-
27 serer Landessprache mindestens eine Welt-
28 Fremdsprache und die Sprache eines weiteren (EU-)
29 Landes.
30 6. Es gilt das Prinzip des lebenslangen Lernens.
31 7. Kein Kind oder Jugendlicher verlässt eine Bildungs-
32 einrichtung ohne Abschluss.
33 8. Jeder Mensch in Deutschland erhält eine berufliche
34 oder vergleichbare Ausbildung.
35 9. Neu Formen der Bildung werden entwickelt. Indivi-
36 dualisierte Bildung über das Web wird ermöglicht
37 (z. B. eine Web-Universität). Dafür ist ein flächende-
38 ckendes leistungsfähiges Breitbandnetz unabding-
39 bare Voraussetzung.
40 10. Bildung ist kostenlos. Investitionen in Bildung und
41 Erziehung sind Investitionen für die geistige Infra-
42 struktur unserer Gesellschaft, Investitionen in die
43 Zukunft und für Prävention. Sie können Aufwand
44 für soziale Unterstützungen, Krankheit und Straf-
45 fälligkeit verhindern.
46 **Begründung**

Überweisung an: AfB Dahme-Spreewald

1 Bildungschancen und damit Lebenschancen werden für
2 Bezieher unterer bis mittlerer Einkommen immer ge-
3 ringer. Wiederholt stellen namhafte Institute fest, dass
4 ein „gut situiertes“ Elternhaus größere Chancen auf gu-
5 te Bildung bietet. Das kann sich ein Land wie Branden-
6 burg oder Deutschland, dessen wertvollster „Rohstoff“
7 die Köpfe seiner Menschen sind, sprich deren Bildung,
8 auf Dauer nicht leisten.
9 Die immer wieder festgestellten sozialen Nachteile sind
10 umgehend auszugleichen. „Wachstum, Wohlstand und
11 Lebensqualität hängen nicht zuletzt von guter Bildung
12 ab“ (Starke Ideen für Deutschland 2025).

1 **Antrag 1/I/2016**

2 **SPD-OV Mittenwalde**

3 **Der Unterbezirksparteikonvent möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Rechtskonforme Lösung für Anschlussbeiträge**

7 Die Landesregierung des Landes Brandenburg, hier
8 besonders der Innenminister Karl-Heinz Schröter,
9 werden aufgefordert sich der langjährigen und nun an
10 Brisanz zugenommenen inakzeptablen Situation der
11 Erhebung von Anschlussbeiträgen für die Erschließung
12 mit Wasserversorgungs- und Entwässerungsleitungen
13 anzunehmen und gemeinsam mit den Verbänden eine
14 beständige rechtskonforme Lösung, im Interesse der
15 betroffenen Grundstücksbesitzer zu erarbeiten und zu
16 verabschieden.

17

18 **Begründung**

19 Die Praxis der letzten Jahre, das letztendlich Gerichte
20 über Inhalte und Auslegungen von Gesetzen, wie über
21 das Kommunale Abgabengesetz entscheiden, weil die
22 Formulierungen der Rechtsnormen nicht ausschließlich
23 dem Grundsatz der Rechtskonformität untergeordnet
24 wurden, ist nicht weiter zu akzeptieren. Es wurde
25 neben dem erforderlichen Inhalt und der Zielsetzung
26 des Kommunalen-Abgabengesetzes parallel versucht,
27 den verschuldeten Verbänden weitere Einnahmen
28 zukommen zulassen.

29 Das Ergebnis ist, wie nicht anders zu erwarten, eine
30 nicht gewollte Rechtsunsicherheit unter allen Beteiligten.
31 In vielen Fällen führte dieses Vorgehen auch zu
32 einer Gefährdung von mühsam aufgebauten Existenzen,
33 da plötzlich und unerwartet teilweise Zahlungsforderungen
34 von mehreren 10.000 Euro erhoben wurden.
35 Dies erzeugte zwangsweise eine Welle von Widersprüchen
36 und es wurden viele Klagen gegen die erlassenen
37 Bescheide eingereicht. Die mit den Klagen befassten
38 Gerichte kamen bei einer zusammenfassenden Beurteilung
39 der bisher getroffenen Entscheidungen zu der Auffassung,
40 dass das Kommunale-Abgabengesetz in der
41 Abwägung die finanziellen Interessen den Gemeinden
42 und Zweckverbände den Vorrang gibt, gegenüber den
43 Interessen der betroffenen Grundstücksbesitzer. Dieser
44 beanstandete Grundsatz ist durch den Gesetzgeber,
45 besonders im Interesse der Betroffenen, aufzugeben.

46 Die Rechtssicherheit ist aber nicht zu Lasten der Kommunen,
47 die in den Verbänden vertreten sind, herzustellen.
48 Die gerade aktuell anfallenden Kosten sind, wenn

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die Landesregierung des Landes Brandenburg, hier besonders der Innenminister Karl-Heinz Schröter, werden aufgefordert sich der langjährigen und nun an Brisanz zugenommenen inakzeptablen Situation der Erhebung von Anschlussbeiträgen für die Erschließung mit Wasserversorgungs- und Entwässerungsleitungen anzunehmen und gemeinsam mit den Verbänden eine beständige rechtskonforme Lösung, im Interesse der betroffenen Grundstücksbesitzer zu erarbeiten und zu verabschieden.

Die Rechtssicherheit ist aber nicht zu Lasten der Kommunen, die in den Verbänden vertreten sind, herzustellen. Die gerade aktuell anfallenden Kosten sind, wenn diese nicht von den Verbänden getragen werden können, nicht den kommunalen Haushalten der Verbandsgemeinden zuzuordnen. Hier ist die Landesregierung in alleiniger Verantwortung. Den Rat zu geben zinsgünstige Kredite aufzunehmen, wobei die Mehrzahl der Verbände von der Kommunalaufsicht eine Kreditaufnahme verweigert wird, ist nicht hinnehmbar.

1 diese nicht von den Verbänden getragen werden kön-
2 nen, nicht den kommunalen Haushalten der Verbands-
3 gemeinden zuzuordnen. Hier ist die Landesregierung in
4 alleiniger Verantwortung. Den Rat zu geben zinsgüns-
5 tige Kredite aufzunehmen, wobei die Mehrzahl der Ver-
6 bände von der Kommunalaufsicht eine Kreditaufnahme
7 verweigert wird, ist nicht hinnehmbar.
8

- 1 **Antrag 1/I/2016**
 2 **SPD-OV Schenkenländchen, SPD-OV Golßen**
 3 **Der Unterbezirksparteikonvent möge beschließen:**
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 5 **Der Parteikonvent möge beschließen:**
 6
 7 **Gerechtigkeit, Teilhabe, Soziale Sicherheit – Ein10-**
 8 **Punkte-Programm**
 9 „Die SPD hat die Chance, Menschen ganz allgemein für
 10 die demokratische Beteiligung und auch konkret für
 11 die SPD zurückzugewinnen, wenn sie die materiellen
 12 und sozialen Interessen im Zentrum der Arbeitsgesell-
 13 schaft in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt“. (Zitat aus
 14 dem Impulspapier des SPD-Präsidiums, *vorwärts* EXTRA,
 15 9/2015).
 16 Besinnen wir uns auf unsere Kraft und die sozialdemo-
 17 kratischen Werte! Stellen wir SPD-Politik wieder „vom
 18 Kopf auf die Füße“! Ein Beitrag zur SPD-Kampagne
 19 „Starke Ideen für Deutschland 2025“.
 20 „Der Steuerzahler“ wird immer stärker mit Steuern und
 21 Abgaben belastet. Alle Lebensbereiche sind erfasst. Hin-
 22 zu kommen ständig steigende Sozialabgaben und lau-
 23 fende Steuererhöhungen bzw. „Anpassungen“ von Abgaben,
 24 die von ehemaligen Staatsbetrieben beeinflusst wer-
 25 den (Bahn, Post, Telekom). Sozialabgaben haben einen
 26 immer höheren Anteil an den Gehaltsabzügen. Die EEG-
 27 Umlage wird auf die regionalen Stromkunden abge-
 28 wälzt, die LKW-Maut auf die Preise.
 29 Letztlich zahlt „der Verbraucher“ alles; er kann viele Be-
 30 lastungen nicht einfach umgehen, weil er u. a. auf Wa-
 31 ren des täglichen Bedarfs angewiesen ist. Diese Belas-
 32 tungen sind aber ungleich verteilt.
 33 Die Einkommen der Mittelschicht bzw. der Bezieher
 34 von geringen, mittleren, aber auch höheren Einkom-
 35 men werden so stark belastet, dass sie in die Bereiche
 36 der Transfereinkommen gelangen, d.h. kaum noch Mit-
 37 tel zur Verfügung haben, die über den laufenden Le-
 38 bensunterhalt hinausreichen. Rücklagen- oder Vermö-
 39 gensbildung, Vorsorge und Alterssicherung sind in ei-
 40 nigen Einkommensbereichen nicht mehr im notwendi-
 41 gen Umfang möglich. Gleichzeitig zeigen Statistiken der
 42 letzten Jahre über die Einkommens- und Vermögensver-
 43 teilung erhebliche Verwerfungen auf. Einkommen und
 44 Vermögen konzentrieren sich immer stärker in den obe-
 45 ren Bereichen. Die Schere geht weiter auseinander, sie
 46 öffnet sich immer weiter.
 47 Die Ungleichheit bei der Verteilung des Vermögens in
 48 Deutschland hat in den vergangenen zehn Jahren wei-

Überweisung an: Unterbezirksvorstand

1 ter dramatisch zugenommen. Die oberen zehn Prozent
2 der Haushalte verfügen über 52 Prozent (1998: 45%) des
3 Nettovermögens.

4 Die unteren zehn Prozent verfügen nur über 1 Prozent
5 (1998: 3 %) des Nettovermögens.

6 Wissenschaft und Gewerkschaften fordern die Politik
7 immer wieder auf, den privaten Konsum zu stärken.

8 Bildungschancen und damit Lebenschancen werden für
9 Bezieher unterer bis mittlerer Einkommen immer gerin-
10 ger.

11 Die SPD muss die erhebliche Unzufriedenheit in der Be-
12 völkerung über diesen Zustand aufgreifen und daraus
13 eine Handlungsmaxime entwickeln, ganz im Sinne „Für
14 eine Politik aus der Mitte des Alltags – gegen wachsen-
15 den Populismus“, wie es in dem Impulspapier „Starke
16 Ideen für Deutschland 2025“ angeschnitten wird.

17 Der Bund kann in den letzten Jahren stetige Steige-
18 rungen der Steuereinnahmen vermelden, und dennoch
19 reicht die immer größer werdende Summe der Einnah-
20 men nicht zur Finanzierung wichtiger Aufgaben aus.
21 Öffentliche Haushalte, vor allem der Kommunen sind
22 strukturell unterfinanziert. Es besteht ein erheblicher
23 Nachholbedarf an Infrastrukturinvestitionen.

24 **Der Abbau von Belastungen und eine Umverteilung des**
25 **Vermögens und sind das Gebot der Stunde!**

26 **Das ist zu tun:**

27 **A. Steuergerechtigkeit:**

28 Erforderlich sind grundlegende Reformen des Steuer-
29 systems, um dieses gerechter zu gestalten und dauer-
30 haft ausreichende Einnahmen zur Finanzierung der not-
31 wendigen öffentlichen Aufgaben sicherzustellen.

32 Das bestehende Steuersystem und die Steuerpolitik
33 wurden und werden diesen Anforderungen bisher nicht
34 gerecht. Seit dem Jahr 2000 sind Reiche und Unterneh-
35 men mehrfach erheblich steuerlich entlastet worden.

36 Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer sank von
37 53 auf 42 Prozent (bzw. 45 Prozent Reichensteuer). Der
38 Gewinnsteuersatz der Kapitalgesellschaften sank von
39 40 Prozent auf 15 Prozent. Bereits seit 1996 wird die Ver-
40 mögensteuer nicht mehr erhoben. Die Steuerreformen
41 seit 1998 haben zu Einnahmeausfällen von etwa 45 Mil-
42 liarden Euro jährlich geführt. Die Erbschaftsteuer ist in
43 ihrer bisherigen Form sogar verfassungswidrig, weil sie
44 völlig übermäßige und unbegründete Steuerbefreiun-
45 gen für Erben von Unternehmen und großen Aktienpa-
46 keten vorsieht.

47 **1. Änderungen bei der Körperschaftssteuer und der Ge-**
48 **werbsteuer**

49 Unternehmen müssen wieder stärker an der Finanzie-
50 rung öffentlicher Aufgaben beteiligt werden. Zentra-

1 le Punkte sind die Wiederanhebung des Körperschaft-
2 steuersatzes auf 25 Prozent, die Verbreiterung der Be-
3 messungsgrundlage und die Wiederherstellung der Be-
4 steuerung von Veräußerungsgewinnen. Die Gewerbe-
5 steuer ist zu einer Gemeindegewerbesteuer auszu-
6 bauen, die die Steuereinnahmen für Kommunen auf
7 eine breitere Basis stellt. Insgesamt können so Mehr-
8 einnahmen von über 30 Milliarden Euro jährlich erzielt
9 werden.

10 **2. Wirksame Besteuerung von Kapitaleinkommen**

11 Um sicherzustellen, dass alle in der Bundesrepublik
12 Deutschland erwirtschafteten Kapitaleinkommen an-
13 gemessen versteuert werden, müssen die Möglichkei-
14 ten zum Abzug von Finanzierungskosten, Pachten, Li-
15 zenzen und Leasinggebühren weiter eingeschränkt bis
16 versagt werden, wenn nicht nachgewiesen wird, dass
17 die Empfänger der Zahlungen diese Einkommen an-
18 gemessen versteuern. Auch im Rahmen der EU und
19 der OECD müssen wirksame Maßnahmen gegen Steu-
20 ervermeidung und Gewinnverschiebung internationa-
21 ler Unternehmen ergriffen werden. Erster Schritt ist
22 die Herstellung von Transparenz durch verpflichtende
23 länderbezogene Berichterstattung von Konzernen über
24 Gewinne und gezahlte Steuern. Notwendig sind EU-
25 weite Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewin-
26 ne von 25 Prozent, die auf eine breite vereinheitlich-
27 te Bemessungsgrundlage anzuwenden sind. Doppelbe-
28 steuerungsabkommen sind so zu reformieren, dass die
29 angemessene Besteuerung aller Einkommen sicherge-
30 stellt wird.

31
32

33 **3. Änderungen bei der Einkommensteuer und Beseiti- 34 gung der kalten Progression**

35

36 **Bei der Einkommensteuer soll durch eine deutliche Er-
37 höhung des Grundfreibetrages und eine Abflachung
38 des Anstiegs der Besteuerung im unteren Bereich Steu-
39 erpflichtige mit niedrigem und mittlerem Einkommen
40 entlastet werden. Der Spitzensteuersatz soll auf 50 Pro-
41 zent (53 Prozent mit Reichensteuer) erhöht werden. Die
42 Abgeltungsteuer von nur 25 Prozent soll abgeschafft
43 und Kapitalerträge sollen wieder progressiv im Rahmen
44 der Einkommensteuer belastet werden. Gewinne sollen
45 realistischer erfasst und besteuert werden.**

46 **Die Entfernungspauschale soll so reformiert werden,
47 dass Beschäftigte mit geringem Einkommen bei glei-
48 chem Fahrtweg genauso stark entlastet werden wie
49 solche mit hohem Einkommen. Insgesamt soll die Ein-
50 kommensteuerreform ohne Einnahmeverluste gestal-**

1 tet werden, das heißt Entlastungen für die Mehrheit der
2 Beschäftigten müssen durch höhere Besteuerung der
3 hohen Einkommen gegenfinanziert werden.
4 Dies gilt auch für Reformen zum Ausgleich der kalten
5 Progression.
6 Heimliche Steuererhöhungen durch kalte Progression
7 könnten z. B. durch Anpassung des Einkommensteuer-
8 tarifs an die Kaufkraftentwicklung vermieden werden.
9 4. Reform bzw. Wiedereinführung der Vermögenssteu-
10 er
11 Die Millionäre und Milliardäre in und aus der BRD müs-
12 sen endlich einen ihren finanziellen Möglichkeiten an-
13 gemessenen Beitrag leisten, um die Aufgaben des Ge-
14 meinwesens zu finanzieren und Belastungen aus der
15 Bewältigung der Banken- und Finanzkrise zu kompen-
16 sieren. Wer in Deutschland wirtschaftet, muss sich auch
17 angemessen am gesellschaftlichen Aufwand beteili-
18 gen, auch wenn er im Ausland wohnt.
19 Es ist daher eine dauerhafte Vermögensteuer wieder
20 zu erheben. Sie soll auf Nettovermögen oberhalb eines
21 Freibetrages von einer Million Euro je Person mit einem
22 Steuersatz von einem Prozent einsetzen und mit einem
23 halben Steuersatz auch Körperschaften besteuern. Das
24 jährliche
25 Steueraufkommen beträgt dann etwa 20 Milliarden Eu-
26 ro, die den Bundesländern zufließen und von diesen
27 auch zur besseren Finanzierung der Kommunen ver-
28 wendet werden sollen. Zusätzlich soll eine progressiv
29 ausgestaltete einmalige Vermögensabgabe der Millio-
30 näre, gestreckt über zehn Jahre, erhoben werden. Sie
31 würde insgesamt 300 Milliarden Euro einbringen und
32 Belastungen des Bundes finanzieren, die in Folge der
33 Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise entstanden sind.
34 Der Vorschlag knüpft an die Idee des Lastenausgleiches
35 an, wie er nach Gründung der Bundesrepublik Deutsch-
36 land durchgeführt wurde.
37 5. Reform der Schenkungs- und Erbschaftssteuer
38 Die Steuer auf Erbschaften und Schenkungen hat der-
39 zeit nur noch die Bedeutung einer Bagatellsteuer. Dafür
40 sind vor allem Regelungen verantwortlich, die insbe-
41 sondere sehr große Vermögen unverhältnismäßig pri-
42 vilegieren. Mit der Vorzugsbehandlung bestimmter Ar-
43 ten von Vermögen muss Schluss gemacht werden. Eine
44 verfassungsfeste und verteilungsgerechte Besteuerung
45 von Erbschaften und Schenkungen ist dringend geboten.
46 Die derzeit geplante Reform entspricht nicht diesen An-
47 forderungen. Sie würde die Schere zwischen Arm und
48 Reich weiter vergrößern.
49 Die Erbschaft- und Schenkungsteuer soll nicht nur einen
50 Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten,

1 sondern ebenso der zunehmenden Ungleichheit der
2 Vermögensverteilung entgegenwirken. Deshalb müs-
3 sen insbesondere die Erben von Großvermögen erheb-
4 lich höher besteuert werden. Das Aufkommen der Erb-
5 schaftsteuer in der Bundesrepublik Deutschland ist re-
6 lativ zu dem großen Umfang und der Konzentration der
7 jährlich vererbten oder verschenkten Vermögen viel zu
8 gering. Die sehr großen Vermögen liegen überwiegend
9 als Eigentum an Unternehmen bzw. Unternehmensan-
10 teilen, land- und forstwirtschaftlichem Vermögen oder
11 Immobilien vor. Die weitgehende Steuerbefreiung der
12 Übertragung dieser Vermögen ist abzuschaffen. Zur
13 Vermeidung von arbeitsplatzgefährdenden Zahlungs-
14 problemen reicht es aus, nötigenfalls die Steuerzahlung
15 zu stunden oder auf längere Zeiträume zu verteilen. Ei-
16 ne solche Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer
17 kann und muss das jährliche Steueraufkommen min-
18 destens auf etwa zehn Milliarden Euro verdoppeln.
19 Es sind Freibeträge für „Omas Häuschen“ bzw. für selbst
20 genutzte geerbte Wohnungen und Häuser vorzusehen.
21 6. Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf Ge-
22 schäfte mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten.
23 Finanzspekulationen mit Lebensmitteln sind zu verbie-
24 ten. Die Mittel aus dem Aufkommen der Finanztrans-
25 aktionssteuer sind als Finanzierungsbeitrag für ein eu-
26 ropäisches Zukunftsinvestitionsprogramm und für den
27 internationalen Kampf gegen Hunger und Armut einzu-
28 setzen.
29 Die so erreichten zusätzlichen Mittel sind für Bildung
30 und Ausbildung, vor allem für Chancengleichheit in der
31 Bildung und Bildungsgerechtigkeit (soziale Umvertei-
32 lung) sowie für den Erhalt und Ausbau der öffentlichen
33 Infrastruktur einzusetzen. Es wäre auch sinnvoll, in Zei-
34 ten niedriger Zinsen die Investitionen dafür wesentlich
35 zu erhöhen und teilweise über Kredite zu finanzieren.
36 B. Sozialsysteme:
37 7. Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Kranken-
38 und Pflegeversicherung durch Arbeitgeber und Arbeit-
39 nehmer.
40 Die in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten eingeführ-
41 te Festschreibung der Arbeitgeberanteile ist zu revidie-
42 ren. Es erscheint gerechtfertigt, die hälftige Finanzie-
43 rung der Krankheitskosten wieder herzustellen.
44 8. Umlagefinanzierte Altersversorgung
45 Die Altersversorgung wird Zug um Zug auf eine umla-
46 gefinanzierte und gesetzlich abgesicherte Rentenversi-
47 cherung abgestellt, in die auch Selbständige und Beam-
48 te einbezogen werden. Die Rente muss annähernd den
49 Lebensstandard sichern. Versicherungsfremde Leistun-
50 gen sind ausnahmslos über Steuern zu finanzieren (z.

- 1 **B. Mütterrente). Dabei steht auch die Abkoppelung der**
 - 2 **Sozialsysteme von den Löhnen zur Diskussion.**
 - 3 **9. Neuordnung des Gesundheitssystems**
 - 4 **Das Gesundheitssystem ist neu zu ordnen. Dabei ist das**
 - 5 **Thema Bürgerversicherung wieder aufzugreifen.**
 - 6 **10. Globalisierung und Arbeitsverfassung 4.0**
 - 7 **Es ist eine Arbeitsverfassung zu schaffen, die Arbeitneh-**
 - 8 **mende in Zeiten der Globalisierung schützt (neue dro-**
 - 9 **hende Automation bzw. Digitalisierung) und insbeson-**
 - 10 **dere prekäre Arbeitsbedingungen beseitigt. Internatio-**
 - 11 **nale Übereinkommen sind mit der Internationalen Ar-**
 - 12 **beitsorganisation (IAO) zu verbessern.**
 - 13 **Der Arbeitsschutz ist insbesondere für Leiharbeit und**
 - 14 **Werkverträge strenger zu regeln.**
 - 15 **Es gibt außerdem noch viel zu tun, z.B. eine gerechte**
 - 16 **globale Agrarordnung zu schaffen, die Schuldenpolitik**
 - 17 **der EU infrage zu stellen, den Umweltschutz zu verbes-**
 - 18 **sern, den Frieden in der Welt zu sichern, u.v.m.**
 - 19 **PACKEN WIR ES an einer Stelle AN! WIR SCHAFFEN DAS!**
 - 20
-

Parteiorganisation

1 **Antrag 1/I/2016**

2 **Unterbezirksvorstand**

3 **Der Unterbezirksparteikonvent möge beschließen:**

4

5 **Starke SPD für starke Kommunen**

6 Der SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald möchte die in
7 den Jahren 2016 und 2017 anstehenden Bürgermeister-
8 wahlen im Landkreis nutzen um das kommunalpoliti-
9 sche Fundament unserer Partei zu stärken.

10 Als Sozialdemokraten erheben wir einen politischen Ge-
11 staltungsanspruch und möchten unseren Wählerinnen
12 und Wählern davon überzeugen, dass sozialdemokrati-
13 sche Politik gut für unsere Kommunen ist. Daher ist es
14 erklärtes Ziel des SPD-Unterbezirks Dahme-Spreewald
15 möglichst zu allen anstehenden Bürgermeisterwahlen,
16 den Wählerinnen und Wählern ein personelles Angebot
17 zu unterbreiten.

18 Die Entscheidung der Kandidatenauswahl und Kandi-
19 datenaufstellung obliegt selbstverständlich, nach guter
20 basisdemokratischer Tradition der SPD, den Ortsverei-
21 nen.

22 Der SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald bietet gemein-
23 same mit dem SPD-Landesverband Brandenburg stra-
24 tegische, personelle und organisatorische Beratung für
25 die Ortsvereine an und unterstützt SPD-Kandidatinnen
26 und Kandidaten organisatorisch im Wahlkampf.

27

28 **Begründung**

29 In den Jahren 2016 und 2017 stehen insgesamt in 8
30 Städten und Gemeinden Bürgermeisterwahlen an. Ziel
31 der SPD muss es, die Zahl von derzeit drei Amtsinha-
32 bern zu erhöhen und Rathäuser zurückzugewinnen.
33 Sowohl der SPD-Landesverband Brandenburg, als auch
34 der Unterbezirk unterstützen die Gliederungen dabei
35 in strategischen und organisatorischen Fragen. Eine
36 generelle finanzielle Unterstützung ist leider nicht
37 möglich.

38 Die Kandidatenfragen sind im Einzelfall zu betrachten,
39 aus denen sich entsprechende Empfehlungen für die
40 Ortsvereine ableiten. Auch wenn nicht jede Wahl ge-
41 wonnen wird, ist es für die Struktur der SPD in jedem
42 Fall ein Gewinn, wenn sie sich die Partei mit einem Ge-
43 sicht im Wahlkampf zeigt.

Annahme

Verkehrspolitik

1 **Antrag 1/I/2016**

2 **SPD-OV Königs Wusterhausen**

3 **Der Unterbezirksparteikonvent möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Fairer Wettbewerb auf Straße und Schiene**

7 Die SPD-geführte Landesregierung und die Landesgrup-
8 pe Brandenburg in der SPD-Bundestagsfraktion sollen
9 sich für die Schaffung einheitlicher Rahmenbedingun-
10 gen (tatsächlich verursachte (Umwelt-)Kosten müssen
11 durch den Verursacher getragen werden) für den
12 Wettbewerb zwischen Schienen-, Luft- und Straßenver-
13 kehr einsetzen, insbesondere um den Personen- und
14 Güterverkehr dahingehend zu lenken, die ökologischen
15 Nachteile soweit wie möglich abzumildern und damit
16 Gesundheits- und Umweltkosten zu minimieren.

17

18 **Begründung**

19 Ziel sozialdemokratischer Politik muss es sein, um-
20 weltfreundliche Verkehrsmittel zu fördern. Mit künftig
21 weiterhin wachsendem Verkehr, wächst umso mehr
22 der Bedarf, umweltfreundliche Mobilitätskonzep-
23 te zu schaffen und zu etablieren. Aktuell zeichnen
24 sich jedoch umweltunfreundliche Entwicklungen im
25 Verkehrsaufkommen und eine Verlagerung ab:
26 Beispielsweise steht, seit seiner Liberalisierung, der Bus-
27 fernverkehr in starkem Wettbewerb mit dem Schienen-
28 personenverkehr. Es ist zu beobachten, dass zum Bei-
29 spiel die Deutsche Bahn einen starken Rückgang an
30 Fahrgästen im Fernverkehr verzeichnet. Das liegt unter
31 anderem am starken Preiskampf: Während das Bahnti-
32 cket mit einer Bahncard 50 im ICE von Berlin nach Mün-
33 chen knapp 70 Euro kostet, zahlt man zwischen 20 und
34 40 Euro im Fernbus. Die starken Abweichungen in den
35 Ticketpreisen erklären sich aufgrund der höheren Aus-
36 gaben im Schienenverkehr für Gebühren zur Strecken-
37 nutzung (Bahn-Maut), EEG-Umlage, Stationsgebühren,
38 etc. Während bei Fernbussen derartige Nebenkosten
39 nicht zu Buche schlagen. Dadurch wird noch mehr und
40 zu Ungunsten des Umwelt- und Gesundheitsschutzes
41 der Verkehr auf das Straßennetz verlagert. Die entstan-
42 denen Umwelt- und Straßenabnutzungskosten tragen
43 jedoch nicht die Verursacher, sondern überwiegend die
44 Allgemeinheit (externe Kosten). Gleiches gilt in Bezug
45 auf die Umweltkosten für den Flugverkehr und seine so-
46 genannten „Billigflüge“.

Überweisung an: Unterbezirksvorstand

Die SPD-geführte Landesregierung und die Landes-
gruppe Brandenburg in der SPD-Bundestagsfraktion
sollen sich für die Schaffung einheitlicher Rahmenbe-
dingungen (tatsächlich verursachte (Umwelt-)Kosten
müssen durch den Verursacher getragen werden) für
den Wettbewerb zwischen Schienen-, Luft-, **Wasser-**
und Straßenverkehr einsetzen, insbesondere um den
Personen- und Güterverkehr dahingehend zu lenken,
die ökologischen Nachteile soweit wie möglich abzu-
mildern und damit Gesundheits- und Umweltkosten
zu minimieren.

1 Die Einführung einer LKW-Maut ist ein Schritt in die
2 richtige Richtung gewesen. Bisher sind in den Maut-
3 kosten jedoch lediglich die Kosten für die Zerstörung
4 des Straßennetzes enthalten. Mit Fokus auf den Klima-
5 schutz sei hier anzumerken, dass der Straßengüterver-
6 kehr bis zu fünf Mal schädlicher ist, als der Schienengü-
7 terverkehr. Die Umweltfolgekosten liegen der Kalkula-
8 tion der Mautgebührenhöhe – abgesehen von der Ein-
9 beziehung von Schadstoffklassen in die Berechnung der
10 Mautgebühr – nicht zugrunde und werden damit nicht
11 verursachergerecht getragen.
12 Es müssen einheitliche Rahmenbedingungen geschaf-
13 fen werden, um eine verursachergerechte Umlage
14 der aktuell noch externen Kosten z. B. über Maut-
15 Gebühren, Kerosinsteuer usw. garantieren zu können.
16 Es ist notwendig ökonomische Anreize zu schaffen, da-
17 mit auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel ausgewi-
18 chen wird.

19 **Antrag 2/I/2016**
20 **SPD-OV Schenkenländchen, SPD-OV Golßen**
21 **Der Unterbezirksparteikonvent möge beschließen:**
22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
23
24 **BAB-Umleitungsstrecken gehören zum Grundnetz der**
25 **Landesstraßen**
26 Die Umleitungsstrecken der Bundesautobahnen in
27 Brandenburg werden sämtlich dem Grundnetz des
28 Brandenburger Straßennetzes zugeordnet.
29 Die immer stärker werdende Verkehrsbelastung der
30 Bundesautobahnen führt auch zu vermehrten Unfällen
31 mit der Folge von Umleitungen über das Landesstraßen-
32 netz.
33 Die Umleitungsstrecken werden durch Unfälle und an-
34 dere Ereignisse erheblich beansprucht. Sie müssen in-
35 standgehalten oder ausgebaut werden, damit die volle
36 verkehrliche Funktion der Bundesautobahnen in Bran-
37 denburg erhalten bleibt. Wenn lediglich die Verkehrssi-
38 cherheit aufrechterhalten wird, steigen die Kosten für
39 Erhaltung und Instandsetzung im Laufe der Zeit über-
40 proportional. Sie werden lediglich auf folgende Jahre
41 verschoben. Das liegt nicht im gesellschaftlichen Inter-
42 esse.
43 Die Landesregierung wird aufgefordert, die erforder-
44 lichen Mittel für den sachgerechten Ausbau und die
45 erforderliche Instandhaltung der Strecken zur Verfü-
46 gung zu stellen.
47

Annahme

1 **Begründung**

2 Umleitungsstrecken der Bundesautobahnen in Bran-
3 denburg führen derzeit vielfach über Landesstraßen, die
4 dem grauen Netz zugeordnet sind mit entsprechenden
5 nachrangigen Ausbau- und Instandhaltungsprinzipien.
6 Dies ist im Hinblick auf die verkehrliche Bedeutung der
7 Bundesautobahnen im Land für den internationalen
8 und nationalen Fernverkehr nicht hinzunehmen. Der
9 schlechte Ausbau der Umleitungsstrecken kann zu
10 gefährlichen Behinderungen – auch des örtlichen Ver-
11 kehrs – führen. Die Vernachlässigung des Erhalts dieser
12 Infrastruktur ist auch im Sinne des Erhalts der Wirt-
13 schaftskraft des Landkreises und der nachfolgenden
14 Generationen.
15 Es wird in diesem Zusammenhang insbesondere auf
16 die Umleitungsstrecken der BAB 13 im Bereich des Am-
17 tes Schenkenländchen hingewiesen, hier die Landes-
18 straßen 74 und 742. Diese Straßen sind z. T. gleichzeitig
19 Ortsdurchfahrtsstraßen.

20 **Antrag 3/I/2016**

21 **SPD-OV Schenkenländchen, SPD-OV Golßen**

22 **Der Unterbezirksparteikonvent möge beschließen:**

23

24 **Radwege-Nutzung im Landkreis Dahme-Spreewald**

25 Der Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald wird ge-
26 beten dafür Sorge zu tragen, dass das bestehende Rad-
27 wegenetz im Landkreis Dahme-Spreewald möglichst in-
28 tensiv genutzt werden kann und zwar sowohl für den
29 allgemeinen Einkaufs- und Schulverkehr als auch für
30 den Tourismus.

31 **1. Ermessensspielräume nutzen**

32 Dazu ist es unter anderem erforderlich, die vorhande-
33 nen Ermessensspielräume bei der verkehrsrechtlichen
34 Zulassung der Fahrradwege ausgiebig zu nutzen.

35 Dazu gehört vor allem, dass Radwege auch innerörtlich
36 in beiden Fahrtrichtungen benutzt werden dürfen, zu-
37 mal die (nicht) vorhandenen Finanzmittel, aber auch die
38 Topografie es oft nicht hergeben, in beiden Fahrtrich-
39 tungen Radwege zu bauen und die (ohnehin geringen)
40 vorhandenen Gelder gezielt für den Ausbau des Radwe-
41 genetzes eingesetzt werden sollten – auch im Sinne des
42 Umweltschutzes. Die verkehrlichen Belastungen lassen
43 dies ohnehin meist zu, ohne besondere Gefährdung der
44 Fußgänger und Radfahrer.

45 Ein Anlass für den Antrag ist, dass der Eindruck ent-
46 steht, das Straßenverkehrsamt des Landkreises Dahme-
47 Spreewald nutze die geltenden Möglichkeiten eher re-

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Der Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald wird
gebeten dafür Sorge zu tragen, dass das bestehende
Radwegenetz im Landkreis Dahme-Spreewald mög-
lichst intensiv genutzt werden kann und zwar sowohl
für den allgemeinen Einkaufs- und Schulverkehr als
auch für den Tourismus.

1. Ermessensspielräume nutzen

Dazu ist es unter anderem erforderlich, die vorhande-
nen Ermessensspielräume bei der verkehrsrechtlichen
Zulassung der Fahrradwege ausgiebig zu nutzen.

Dazu gehört vor allem, dass Radwege auch innerörtlich
in beiden Fahrtrichtungen benutzt werden dürfen, zu-
mal die (nicht) vorhandenen Finanzmittel, aber auch die
Topografie es oft nicht hergeben, in beiden Fahrtrich-
tungen Radwege zu bauen und die (ohnehin geringen)
vorhandenen Gelder gezielt für den Ausbau des Radwe-
genetzes eingesetzt werden sollten – auch im Sinne des
Umweltschutzes. Die verkehrlichen Belastungen lassen
dies ohnehin meist zu, ohne besondere Gefährdung der
Fußgänger und Radfahrer.

*Der Landrat soll die geltenden Möglichkeiten konstruktiv
und weniger restriktiv nutzen.*

So könnte z. B. „innerörtlich“ in den in unserem Land-
kreis vielfach schwach besiedelten Gegenden großzü-
giger ausgelegt werden, wenn lediglich ein- oder zwei-
seitige Bebauung gegeben ist (sogen. Straßendörfer), so

1 striktiv als konstruktiv.
2 So könnte z. B. „innerörtlich“ in den in unserem Land-
3 kreis vielfach schwach besiedelten Gegenden großzü-
4 giger ausgelegt werden, wenn lediglich ein- oder zwei-
5 seitige Bebauung gegeben ist (sogen. Straßendörfer), so
6 wie dies bereits an einigen Stellen gegeben ist. Dazu ist
7 jedoch zu hören, dass solche „Ausrutscher“ bei nächster
8 Gelegenheit wieder einkassiert werden sollen.
9 Demgegenüber gibt es beim großen Nachbarn Berlin
10 sogar Fahrradwege, die in beiden Fahrtrichtungen ge-
11 nutzt werden können, so die Auskunft des ADFC Berlin.
12 **2. Initiativen für praxisgerechte sinnvolle Lösungen er-**
13 **greifen**
14 Sollten die derzeit gegebenen verkehrsrechtlichen Mög-
15 lichkeiten nicht ausreichend sein, sind Initiativen über
16 den Landkreistag, den Städte- und Gemeindebund
17 Brandenburg, das Land, die touristischen Vereinigun-
18 gen und mit anderen geeigneten Organisationen, z. B.
19 dem ADFC zu entwickeln, damit praxisgerechte sinnvol-
20 le Lösungen möglich sind.
21 **3. Neue Ideen entwickeln**
22 Es gilt auch, neue Ideen zu entwickeln um Fahrradwe-
23 ge auszuweiten, z. B. durch Fahrradstreifen auf Kreis-
24 und Landesstraßen, die durch Kraftfahrer genutzt wer-
25 den können, wenn Radfahrer sie nicht in Anspruch neh-
26 men.
27 Über die Entwicklung in dieser Angelegenheit sollte
28 halbjährlich berichtet werden.
29 Ein Manko könnte auch sein, dass im Verkehrsrecht
30 noch immer wesentlich mehr Rücksicht auf den „flüssi-
31 gen“ Automobilverkehr genommen wird und deshalb
32 den übrigen Verkehrsteilnehmern entweder weniger
33 Möglichkeiten eingeräumt oder aber mehr Pflichten
34 auferlegt werden. Vielleicht ist hier in der Verkehrs-
35 politik oder aber nur im Straßenverkehrsamt des
36 Landkreises Dahme-Spreewald ein **Paradigmenwechsel**
37 erforderlich, was im Laufe weiterer Diskussionen zu
38 klären wäre.
39

wie dies bereits an einigen Stellen gegeben ist. Dazu ist jedoch zu hören, dass solche „Ausrutscher“ bei nächster Gelegenheit wieder einkassiert werden sollen.

Demgegenüber gibt es beim großen Nachbarn Berlin sogar Fahrradwege, die in beiden Fahrtrichtungen genutzt werden können, so die Auskunft des ADFC Berlin.

2. Initiativen für praxisgerechte sinnvolle Lösungen ergreifen

Sollten die derzeit gegebenen verkehrsrechtlichen Möglichkeiten nicht ausreichend sein, sind Initiativen über den Landkreistag, den Städte- und Gemeindebund Brandenburg, das Land, die touristischen Vereinigungen und mit anderen geeigneten Organisationen, z. B. dem ADFC zu entwickeln, damit praxisgerechte sinnvolle Lösungen möglich sind.

3. Neue Ideen entwickeln

Es gilt auch, neue Ideen zu entwickeln um Fahrradwege auszuweiten, z. B. durch Fahrradstreifen auf Kreis- und Landesstraßen, die durch Kraftfahrer genutzt werden können, wenn Radfahrer sie nicht in Anspruch nehmen.

Über die Entwicklung in dieser Angelegenheit sollte halbjährlich berichtet werden.

Ein Manko könnte auch sein, dass im Verkehrsrecht noch immer wesentlich mehr Rücksicht auf den „flüssigen“ Automobilverkehr genommen wird und deshalb den übrigen Verkehrsteilnehmern entweder weniger Möglichkeiten eingeräumt oder aber mehr Pflichten auferlegt werden. Vielleicht ist hier in der Verkehrspolitik oder aber nur im Straßenverkehrsamt des Landkreises Dahme-Spreewald ein **Paradigmenwechsel** erforderlich, was im Laufe weiterer Diskussionen zu klären wäre.

40 **Antrag 4/1/2016**
41 **SPD-OV Königs Wusterhausen**
42 **Der Unterbezirksparteikonvent möge beschließen:**
43 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
44
45 **Lärmschutz an Bundesautobahn 10**
46 Die SPD-geführte Landesregierung und die Landesgrup-
47 pe Brandenburg in der SPD-Bundestagsfraktion werden

Annahme

1 aufgefördert sich im Rahmen des Bundesverkehrswe-
2 geplans für die Errichtung von Lärmschutzwänden an
3 der Bundesautobahn 10 einzusetzen.

4

5 **Begründung**

6 Die Lärmsituation im Umfeld der Bundesautobahn 10
7 (Berliner Ring) ist sehr angespannt. Die dauerhafte und
8 starke Lärmbelastung führt für die Anwohnerinnen
9 und Anwohner zu erheblichen Einschränkungen ihrer
10 Lebensqualität und ihres täglichen Wohlbefindens.

11 In Teilabschnitten werden die Anwohner durch Flug-
12 , bzw. Bahnlärm überproportional belastet, diese be-
13 troffenen Gebiete sollten bei der Errichtung von Lärm-
14 schutzwänden prioritär behandelt werden.